

Bildung & Wissenschaft



LINK zur Landesfachgruppe Bildung: aktuelle Beschlüsse, Themen und Inhaltliche Arbeit zum Thema Bildung

Alle Kinder haben das Recht auf gleiche individuelle Förderung von Anfang an - und das unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Wir meinen: Kinder früh in ihrer Schullaufbahn zu trennen, zementiert Ungerechtigkeit in den Chancen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen, wobei jedes Kind individuell gefördert wird. Unser Ziel ist die acht- oder neunjährige gemeinsame Beschulung, auf die entweder die praktische Ausbildung mit Berufsschule oder die gymnasiale Oberstufe zur Erlangung der Hochschulreife aufbauen.

Wichtig ist, dass Kinder in der Schule wieder Freude am Lernen und Spaß an der Leistung haben. Darauf beruht auch der Erfolg der skandinavischen Länder, die im PISA-Vergleichstest vorn stehen.

Nach jahrelangem Herumlaborieren am Bildungssystem und für alle Beteiligten ermüdenden ideologischen Grabenkämpfe ist die Zeit reif für einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik. Denn die (Aus-) Bildung unserer Kinder ist die zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dazu gehören ein längerer gemeinsamer Schulbesuch und die Integration von Behinderten.

Bildung muss die Herausforderung annehmen, alle SchülerInnen zu befähigen, sich erfolgreich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Hierzu gehört die Mobilität innerhalb Deutschlands und Europas ebenso wie das Zusammenleben mit ZuwanderInnen im eigenen Land. Investitionen in die Köpfe der nachwachsenden Generationen müssen daher zum wichtigsten Anliegen der Landesregierung werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass in Bildung stärker investiert wird. Dies schließt auch ein, dass die Hochschulen genug Studienplätze anbieten können. Noch immer gibt es zu wenig Studienanfänger im Land.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich gegen Studiengebühren aus und treten für eine bundeseinheitliche Regelung der Lebensunterhaltsfinanzierung von Studierenden ein, z.B. analog des 2004 von der Heinrich-Böll-Stiftung vorgeschlagenen Modells eines Studentensalärs.